97-84221-16

Deutsche Volkspartei (1918-1933)

Abgeordneter Vögler zum betriebsrätegesetz

Berlin

1920

97-84221-16
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

308
Z
Box 841

Deutsche volkspartei.
Abgeordneter Vögler zum betriebsrätegesetz. Die organisation der wirtschaft; wortlaut der rede vom 14. januar nach dem stenographischen bericht der nationalversammlung. Berlin, Staatspolitischer verlag, 1920.
31 p. (Flugschriften der Deutschen volkspartei, 2)

1. Economics.

ONLY ED

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35MM REDUCTION RATIO: 9:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 10-14-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 29035

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

BIBLIOGRAPHIC IRREGULARITIES

MAIN ENTRY: Deutsche Volkspartei (1918-1933)

Abgeordneter Vögler zum betriebsrätegesetz

Bibliographic Irregularities in the Original Document:

List all volumes and pages affected; include name of institution if filming borrowed text.

_____ Page(s) missing/not available: _____

_____ Volume(s) missing/not available: _____

__X__ Illegible and/or damaged page(s): front cover

_____

_____ Page(s) or volume(s) misnumbered: _____

_____ Bound out of sequence: _____

_____ Page(s) or volume(s) filmed from copy borrowed from: _____

_____

_____ Other: _____

_____

_____ Inserted material: _____

TRACKING#: MSH29035

Preis 5

Flugschriften der Deutschen Volkspartei

308
Z
Bay 841

II.

Abgeordneter Vögler
zum Betriebsrätegesetz

Die Organisation der Wirtschaft

Wortlaut der Rede vom 14. Januar nach dem stenographischen Bericht der Nationalversammlung

Herausgegeben im Auftrage der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei

1920

Staatspolitischer Verlag-Gmbh.
Berlin SW 48 - Friedrich-Straße 226

MAR 31 1954 PJR

Abg. Vögler (Deutsche Volkspartei): Meine Damen und Herren! Die Erregung, die das vorliegende Gesetz im ganzen Lande hervorgerufen hat, ist begreiflich. Wird doch mit dem Gesetz die ganze Frage des Sozialismus von neuem aufgeworfen, des Sozialismus in des Wortes weitester Bedeutung, des Zusammenarbeitens aller Schichten, Stände und Berufe. Die stärkste Partei in der Regierung will mit diesem Gesetz den Sozialismus in das Wirtschaftsleben hineintragen. Es scheint mir nötig zu sein, diese Tatsache doch stark zu unterstreichen. Die bürgerlichen Parteien werden wahrscheinlich, wenn sie diesem Gesetze zustimmen, sich der großen Verantwortung nicht ganz bewußt gewesen sein, sie werden mir aber nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bender (Soz.) recht geben müssen, denn er hat doch hier mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß allerdings für die Mehrheitssozialisten dieses Gesetz den

Grundstein der Sozialisierung

in den Betrieben legen soll. (Sehr richtig!)

Ich darf auch auf die Erklärung des Herrn Reichskanzlers Bauer bezug nehmen, die vor wenigen Tagen durch die Presse ging, in der er sagt: die Verneinung der Idee des Kapitalismus ist der Grundgedanke dieses Gesetzes. Der Herr Abgeordnete Dr. Braun (Soz.) hat am 28. Oktober eine scharfe Erklärung in derselben Richtung abgegeben. Er führte aus: Nun gilt es, die politische Macht dazu zu benutzen, nach und nach dem Bürgertum

alles Kapital zu entreißen. Der Weg dazu führt über das Betriebsrätegesetz.

Meine Damen und Herren! Nun wirft sich ganz von selbst die Frage auf: ist eine wirtschaftliche Revolution, wie sie beabsichtigt ist, im heutigen Zeitpunkt geboten? Liegen irgendwelche Gründe im Wirtschaftsleben vor, die eine wirtschaftliche Revolution rechtfertigen? Ich stelle die Frage und verneine sie restlos.

Der Irrtum der sozialistischen Wirtschaftstheorie,

die seinerzeit vor etwa 75 Jahren auf dem unorganisierten Zustand des Wirtschaftslebens aufgebaut war, hat sich von Jahr zu Jahr mehr gezeigt. Eines der Hauptmomente, welches die Sozialdemokratie immer wieder ins Feld geführt hat, um die Rechtfertigung der Sozialisierung der Wirtschaft zu betonen, war die Monopolisierung der Wirtschaft, die in Deutschland eintreten sollte. Wo ist, frage ich, in Deutschland irgend eine wirtschaftliche Monopolisierung zu finden? Ich nehme lediglich die Betriebe aus, die Staatsbetriebe sind, alle andere Wirtschaft ist monopolfrei. Sie haben sich angewöhnt, gerade die Großbetriebe des Westens als Monopole zu bezeichnen, und haben betont, daß sie aus der großen Akkumulierung des Kapitals, wie ein weiteres Schlagwort der Marxschen Theorie heißt, entstanden sind. Das ist ein bedauerlicher Irrtum. Diese Großbetriebe sind nicht aus der Kapitalanhäufung entstanden, sondern weil

der technische Fortschritt

die Zusammenfassung der Betriebe erforderte. (Sehr richtig! rechts.) Sie sind entwickelt worden, weil die Technik neue Wege wies, die unter allen Umständen, wenn das Wirtschaftsleben rationell bleiben sollte, verwirklicht werden mußten: zum Bergwerk kam der Hochofen, das Walzwerk, die Verfeinerungsbetriebe im engsten organischen Zusammenhang.

Aber neben diesen Großbetrieben sind mittlere und Kleinbetriebe in Deutschland vorangekommen. Eine

breite Schicht des Mittelstandes, des Handwerks hat sich gebildet. Wir zählen nach der letzten Statistik über 5 Millionen Betriebe landwirtschaftlicher und gewerblicher Art in Deutschland. Da kann man unmöglich von einer Monopolisierung der Wirtschaft sprechen.

Man hat angenommen, daß in wenigen Händen sich das Kapital konzentrieren würde. Was ist eingetreten? Das Gegenteil! Das Privatkapital hat sich, wenn ich mich so ausdrücken darf, in den Aktiengesellschaften atomisiert. Ich erinnere an die kleine Schrift von Geheimrat Deutsch von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, die den Mitgliedern des Hauses zugegangen ist, worin nachgewiesen wird, daß bei den größten Aktiengesellschaften die Anzahl der Aktionäre sich auf 16 bis 20000 beläuft.

Wenn eine solche Zersplitterung des Kapitals schon jetzt eingetreten ist, dann wird es in Zukunft in noch ganz anderem Maße der Fall sein.

Meine Damen und Herren! Vor allem aber ist keine Internationalisierung der Wirtschaft eingetreten.

Die Wirtschaft hat sich national organisiert, sie ist zu einem Nationaleigentum geworden, und wir werden — darin stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Bender überein —, wenn jetzt die nächsten schweren Wochen und Monate kommen, alle merken, wie sehr wir von dieser nationalen Gemeinschaft alle, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, abhängig sind. (Sehr richtig! rechts.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Bender wiederum, ich kann es nicht anders bezeichnen,

das Schlagwort von der Ausbeutung des Proletariats

heute morgen hier in den Saal geworfen. Herr Bender, ich muß Sie zunächst auf die von mir erwähnte Broschüre hinweisen. Wenn Sie sie lesen — was ich annehme —, dann werden Sie den Beweis finden, daß bei 50 Prozent unserer rentierendsten Aktiengesellschaften 90 Prozent des Ertragswertes für Produktionsmittel und Löhne ver-

ausgabt werden (hört! hört! rechts), und nur 10 % als Rente an das Kapital geflossen ist. Würde auch diese Kapitalrente der Arbeitnehmerschaft zugeteilt werden, so würde das eine Verbesserung des Einkommens von knapp 10% sein. Sie werden mir zugeben, daß man dann von einer Ausbeutung des Proletariats nicht sprechen kann. (Sehr richtig! rechts.)

Aber aus diesem selben Grund muß man eigentlich auch die Sozialisierungstheorie ad acta legen, denn wenn wirklich nur 10 % Nutzen übrig geblieben sind, dann kann auch der Staatsbetrieb aus der Wirtschaft keinen großen Nutzen mehr ziehen. Ich glaube vielmehr, daß die Staatsbetriebe sehr bald diesen geringen Mehrwert, den das Kapital noch beiseite gelegt hat, in genau so große Verluste umwandeln werden. (Zustimmung rechts.)

Also es ist nichts mit der Ausbeutung. (Zurufe von den Soz.) Der ganze Zustand zeigt doch, Herr Abg. Hoch, daß das nicht der Fall ist. Wo ist denn die Verelendung der Arbeitermassen in Deutschland vor dem Kriege gewesen? (Zurufe von den Soz. und den U. S.) Ist nicht mit der Wirtschaft

ein Aufstieg der ganzen Nation

erfolgt? Sind nicht alle Stände und Schichten ganz gleichmäßig mit hoch gestiegen? Weil das der Fall gewesen ist weil wir hier eine soziale Wirtschaft getrieben haben, darum war auch Arbeitslust und Arbeitsfreude in allen Schichten und Ständen des Landes vorhanden. (Widerspruch und Zurufe bei den Soz.) Sie bezweifeln das? (Zurufe von den Soz.: Jawohl!) Dann lesen Sie bitte die Rede, die Ihr Fraktionskollege Scheidemann am Jahrestage der Revolution, am 9. November hier in Berlin gehalten hat. (Zurufe von den Soz.: Die kennen wir!) Dann werden Sie mir zugeben, daß da — frei zitiert — folgender Satz enthalten ist: „Wir hatten Arbeitslust und Arbeitsfreude in unserem Lande. Hoffentlich kehren sie bald wieder." (Zustimmung bei den Soz.) Wenn es richtig ist, daß er das

gesagt hat, dann darf ich wohl auch für mich das Recht in Anspruch nehmen, diese Tatsache hier festzustellen.

Nun scheint es mir, als ob diese Gründe, die ich vorhin angeführt habe: kein Monopol, keine Ausbeutung, keine Verelendung, doch so schwerwiegend sind, daß man sich fragen muß, ob

der Gedanke einer wirtschaftlichen Revolution

überhaupt aufkommen konnte. Wiederum kann ich den „Vorwärts" als Zeugen für mich anführen, daß diese Idee tatsächlich nicht vorhanden gewesen ist. Der „Vorwärts" schreibt in einem Leitartikel vor wenigen Tagen, am 8. Januar:

> „Die Masse, die sich in den Novembertagen gegen das alte Regime erhob, trieb keine wirtschaftliche Idee."

Der Herr Abg. Henke hat mir vorhin — ich glaube, es war der Herr Abg. Henke —, als ich davon sprach, daß Arbeitslust und Arbeitsfreude im Lande gewesen wären, zugerufen: „Das meinen Sie!" Ich kann auch einen Herrn zitieren, der Ihnen (zu den Unabhängigen) sehr nahe steht, den Prof. Lederer. Prof. Lederer sagte:

> Alle Sozialisierungsversuche müssen damit rechnen, daß der Kapitalismus nicht ein morsches Wirtschaftssystem ist, das durch eine leichte Einwirkung von außen erschüttert werden könnte. Die Marxsche These, daß dieses System im Fortgange der Entwicklung immer labiler würde, hat sich als irrig erwiesen.
>
> (Hört! Hört! rechts.)

Er sagt weiter:

> Meine Meinung geht dahin, daß die kapitalistische Wirtschaft — und das trifft für die Gegenwart und für die Zeit vor dem Kriege viel stärker zu als für die Zeit nach dem Kriege — tatsächlich einen Wirtschafts-

plan realisiert hat. Das ist zum Teil die Folgewirkung der Marxschen Gedankengänge; denn der Organisationsgedanke als Folge der Klassenkampfideologie hat auch die Unternehmerschichten erfaßt.

Prof. Lederer folgert daraus:

Infolgedessen können wir von einer Anarchie der kapitalistischen Produktion keineswegs sprechen.

(Abg. Henke: Das ist eben eine falsche Meinung!)

Wenn trotzdem mit diesem Betriebsrätegesetz die Wirtschaft revolutioniert werden soll, so ist dieser Gedanke durch die politische Agitation hineingetragen worden. Um diese Tatsache kommen Sie nicht herum. Man hat das Rätesystem auch in Ihren Kreisen für die Politik abgelehnt, und hat versucht, es auf die Wirtschaft abzulenken.

Es wäre nun, wenn wir — das trifft hoffentlich für alle hier im Hause zu — ehrlich bestrebt sind, die Wirtschaft, die ja am Boden liegt, wieder zu heben, auch möglich und nötig, sich mit dem Rätesystem abzufinden, wenn der Erfolg, den Sie erwarten, damit verbunden wäre. Bevor ich hierauf eingehe, kann ich es mir nicht versagen, mit einigen wenigen Worten

den heutigen Stand der Wirtschaft

zu beleuchten. Ueber die Landwirtschaft brauche ich nicht viel zu sagen. Erst in den letzten Tagen ist von sehr sachkundiger Seite, von dem ehemaligen Mitgliede des Ernährungsministeriums, Herrn v. Braun, dargelegt worden, wie sehr unsere Ernährung unter der falschen Bewirtschaftung, die die Landwirtschaft treiben mußte, gelitten hat. Es ist mir bekannt, daß diese Zwangswirtschaft, die noch immer nicht von der Wirtschaft genommen ist, weite Kreise der Landwirtschaft zwingt, von der intensiven Bewirtschaftung, die wir uns allein bei unserer dichten Bevölkerung gestatten können, zur extensiven Bewirtschaftung überzugehen. Ich brauche hier nicht zu erwähnen, was das bedeutet.

Aber ebenso wichtig wie die Landwirtschaft ist für unser Wirtschaftsleben

die Kohle.

Ich habe vor Monaten in demselben hohen Haus einmal das Wort geprägt: „Die Kohle ist der Diktator unserer Wirtschaft.“ Wie sieht es mit der Kohlendecke augenblicklich aus? Die Förderung, die wir heute zu verzeichnen haben, beträgt etwa 65 % der Förderung des Jahres 1918. Nun gehen uns durch das Friedensmachwerk, das jetzt in Kraft tritt, große Kohlengebiete im Westen und Osten verloren. Ferner setzen die großen Lieferungen für die Entente ein. Für die kommende Zeit haben Industrie, Gewerbe — ich nehme die Kommunen dabei nicht aus — mit einer Kohlenversorgung von etwas unter 20 % zu rechnen. (Hört! Hört! rechts.) Diese Tatsache stelle ich fest, und frage mich, wie es möglich ist, daß man trotzdem wiederholt aus Regierungsmund vernommen hat, wir ständen wieder vor dem Aufstieg unserer Wirtschaft. Eine Wirtschaft, die auf 80 % des wichtigsten Rohprodukts verzichten muß, kann nicht wieder zur Blüte kommen. (Sehr richtig! rechts.)

Als letztes der drei großen Urgebiete, die unser Wirtschaftsleben in erster Linie begründen, muß ich

das Verkehrswesen

erwähnen. Hierüber brauche ich ebenfalls nicht viel Worte zu machen. Aber ein paar Zahlen kann ich mir nicht versagen, dem hohen Hause auch hier bekanntzugeben. Wir transportieren etwa 60 Prozent der Gütermenge, die wir im Jahre 1918 in Deutschland bewegt haben. Der Personenverkehr ist auf etwas unter 25 Prozent gesunken. (Hört! hört! rechts.) Sie sehen auch aus diesen beiden Zahlen, daß von einem Wiederaufblühen der Wirtschaft leider nicht die Rede sein kann, und trotzdem fehlen an vielen Stellen die Verkehrsmittel, um die wenigen Güter, die

noch erzeugt werden, von dem Rohstoffgebiet zur Fertigverarbeitung zu schaffen.

Es ist nun irrig, wenn immer wieder oder doch sehr oft behauptet wird, das liege am Wagenmangel. Die Schuld im Verkehrswesen liegt in erster Linie an dem Fehlen der nötigen Lokomotiven. Wie ist der Stand der Lokomotiven heute in Deutschland? Wir haben zur Verfügung 24 000 Lokomotiven, davon sind 12 000 in Reparatur (hört! hört! rechts), und der Stand in den Werkstätten hat sich nicht gebessert. Am 1. Januar jedenfalls waren die Eingänge an Lokomotiven in den staatlichen Werkstätten noch größer als die Ausgänge der reparierten Lokomotiven, und wenn man heute mit einem monatlichen Verlust von 300 bis 500 Millionen rechnen muß, der sich wahrscheinlich vom Januar auf über 1 Milliarde steigern wird, so zeigt auch diese Zahl, daß wir von einer Blüte unseres Wirtschaftslebens leider nicht reden können.

Ich werfe nun die Frage auf: Kann dieser Zustand

durch das Betriebsrätegesetz geändert, gebessert werden?

Das ist ja einer der Gründe, die Sie (nach links) für dieses Betriebsrätegesetz anführen. Da gestatte ich mir, Ihnen aus dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" die Meinung der Gewerkschaften — vor einigen Monaten allerdings — vorzulesen. Es heißt hier:

> Das eine aber müssen wir allen denen, die sich bemühen, den Arbeiterräten für ihre politische Betätigung Ersatzbeschäftigung auf wirtschaftlichem Gebiete zu suchen, schon heute sagen: man hüte sich, die Arbeitermassen zu enttäuschen. Die Arbeiterräte sind politische Organe der Revolution und können nur politisch wirken. Sie haben keine anderen als politische Organisationen hinter sich, auf die sie sich stützen können, und die versagen völlig in dem Wirtschaftsprozeß. Sie sind gewöhnt, zu regieren, zu diktieren, zu vollziehen, und das kann uns im Wirtschaftsleben nicht das geringste nützen. (Sehr richtig! rechts.) Sie würden die Betriebe in fortwährender Unruhe halten, würden sie politisieren. (Sehr richtig! rechts.) So wird also die Verpflanzung der Arbeiterräte auf das wirtschaftliche Gebiet nicht beruhigend wirken, sondern sie wird neuen Zündstoff sammeln, neue Revolutionsherde schaffen und das Wirtschaftsleben gefährlichen Krisen entgegenführen. (Hört, hört! und Sehr richtig! rechts.)

Ich habe diesen Befürchtungen der Generalkommission der Gewerkschaften wenig hinzuzusetzen.

Meine Damen und Herren! Dieses Gesetz ist der Anfang der Parlamentarisierung der Wirtschaft. Sie wollen mechanisch politische Einrichtungen auf unser wirtschaftliches Leben übertragen. Der „Vorwärts" sagt selbst vor wenigen Tagen: „Die Wirtschaft spottet der Gesetze des Staates!" Ich kann auch dies bekräftigen. Die Gesetze der Wirtschaft gehen einen andern Weg. Es sind in erster Linie und in letzter Linie

Gesetze der Sachlichkeit.

In erster und letzter Linie entscheidet im Betriebe nicht die Stimmenmehrheit, sondern immer die Befähigung, immer die Sachlichkeit.

Darf ich Ihnen ein kleines Bild eines Wirtschaftsganges vor Augen führen? Denken Sie an einen Brückenschlag über einen Fluß! Der Plan ist gefaßt; automatisch tritt das Werk, das den Auftrag bekommen hat, in Funktion. Der Statiker berechnet, stellt die Eisenmengen fest, der Einkäufer bestellt das Material, die Kolonnen bohren, die Kolonnen nieten, und an der Baustelle nimmt der Monteur die Arbeit des Aufrichtens in die Hand. In dem ganzen Gange ist nichts von irgend einer Bestimmung durch einen Stimmzettel enthalten. Die Gebote der Sachlichkeit greifen Hand in Hand. (Lebhafte Zurufe links: Und so wird es auch bleiben!) Und wenn dann in den Bau das letzte Schlußglied

eingefügt werden soll, Herr Abgeordneter Landsberg, und die schwierigste Aufgabe kommt, dann wird

ohne Betriebsrat

die Frage beantwortet, wer das machen soll; alle Betriebsleiter und Arbeiter wissen ganz genau: die geschickteste Kolonne ist die des Monteurs Müller meinetwegen, und diese macht die Arbeit. Das ist das Gesetz der Sachlichkeit in der Wirtschaft. (Erneute Zurufe links: Und so wird es auch bleiben!) Wenn es so bleibt, wollen wir uns alle freuen. Ich habe nur die große Befürchtung, daß Sie sich irren, und daß es nicht so bleibt, und dann werden Sie es also mit mir bedauern, daß dieses Gesetz gekommen ist. (Zuruf der Soz.) Herr Abgeordneter Landsberg ruft mir zu, ich solle doch an die Vernunft glauben. Ich täte es gern, wenn nicht der ganze Gang der Ereignisse es einem so schwer machte, an den Sieg der Vernunft zu glauben. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Lassen Sie mich noch dieses Bild zu Ende bringen! Ueber dem Ganzen steht der Leiter, und

die Kunst der Betriebsführung

macht es, daß dieses harmonische Wirken möglich ist. Das möchte ich hier einmal kräftig unterstreichen: Betriebsführung ist keine Wissenschaft! Auch Theoretiker der bürgerlichen Kreise, auch aus unseren eigenen Kreisen, pflegen das Schlagwort von der wissenschaftlichen Betriebsführung in die Welt zu bringen. Ich kann wohl mit der Wissenschaft die einzelnen Funktionen ergründen: aber das Zusammenfassen der einzelnen Funktionen zur gesamten Betriebsführung ist eine Kunst, war stets eine Kunst und wird eine Kunst bleiben, für alle Zeiten! (Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei — Zuruf links.) Gewiß! Auch die Kunst der Personenbehandlung kommt nicht in letzter Linie in Betracht. (Zuruf bei den U. S.: Diese Künstler!) Sie waren nicht schlecht, das zeigt der stetige Aufschwung unserer Wirtschaft.

Dieser Gang der Wirtschaft bringt noch etwas anderes mit sich: er unterteilt scharf

die Funktionen für die Wirtschaft

in Gruppen. Der Arbeitnehmer ist in erster und letzter Linie für die Ausführung der Arbeit, für das Handwerkliche sachverständig, der Arbeitgeber ist für die Leitung des Betriebes sachverständig, und diese klaren Funktionen, die die natürlichen Gesetze der Wirtschaft vorschreiben, wollen wir uns nicht verwischen lassen, erst recht nicht durch ein politisches Betriebsrätegesetz.

Es liegt mir fern — und ich hoffe, Sie glauben mir das einmal persönlich —, irgend ein Wort gegen die berechtigte Arbeiterbewegung zu sprechen. Die habe ich seit langem anerkannt und erkenne sie gern jetzt von neuem hier an. Aber diese berechtigte Arbeiterbewegung darf nicht dazu führen, der einen Seite des Arbeitsprozesses, nämlich der Arbeiterschaft, Rechte über die andere Seite, nämlich die Arbeitgeberschaft, zu geben. (Sehr gut! rechts.) Wenn Sie sich einmal die heißumstrittenen Paragraphen des Betriebsrätegesetzes ansehen, dann werden Sie mir recht geben müssen: es handelt sich nicht darum, irgendwelche wirtschaftlichen Rechte für die Arbeitnehmerseite festzustellen, sondern es sind Kontrollrechte, die man der Arbeitnehmerseite über die Arbeitgeberseite geben will. (Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Abg. Schiele hat vorhin sehr richtig, wenn ich nicht irre, Kaliski zitiert, daß dieses Gesetz

ein Horcher- und Lauschergesetz

werden wird, und Kaliski steht ja Ihnen (zu den Soz.) nahe, nicht uns. Und weiter. Diese berechtigte Arbeiterbewegung, die ich anerkenne, und die zu meinem Bedauern nicht früher gefördert worden ist (hört! hört! bei den Soz. und bei den

Demokraten), ist jetzt eingeleitet worden. Sie ist zu meinem Bedauern nicht früher umgeleitet worden! (Sehr wahr! links.) Ich will Ihnen aber sehr gern die Gründe dafür nennen: es ist die unselige Verquickung der berechtigten Arbeiterbewegung mit den unberechtigten Forderungen der sozialdemokratischen Wirtschaftstheorie, die uns das Zusammenarbeiten unmöglich gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zuruf von den Soz.) Ach, Herr Kollege Landsberg, die sozialdemokratische Wirtschaftstheorie war wie die ganze sozialdemokratische Lehre

eine Lehre der Verneinung.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie haben alles verneint. Sie haben die Staatsordnung verneint und wollten statt der Monarchie die Republik, Sie haben die Wirtschaftsordnung verneint und wollten statt des Privatkapitalismus den Fiskalismus. Sie haben die Arbeitsordnung verneint und wollten an Stelle des Zusammenarbeitens aller die Diktatur des Proletariats. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Um diese Tatsache kommen Sie nicht herum, und diese Tatsache hat uns seit langem ein Zusammenarbeiten mit Ihnen so außerordentlich erschwert. (Zuruf von den Demokraten: Sie haben alle Gewerkschaften unterdrückt!) Sie werden doch auch nicht bestreiten wollen, daß die Lehre des Klassenkampfes, in die Wirtschaft überführt, auch das Zusammenarbeiten mit einer großen Organisation, die den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben hatte, unmöglich machte. Ich hoffe, gerade bei den bürgerlichen Parteien hierfür ein volles Verständnis zu finden. (Beifall rechts.)

Meine Herren, ich fürchte, daß dieses Mißtrauen, das aus der Betonung der von mir geschilderten Gründe nun einmal in die Wirtschaft hineingetragen worden ist, nicht durch dieses Gesetz herauskommen wird. Ich darf an

dieser Stelle noch einmal auf den Artikel der „Sozialistischen Monatshefte" zurückgreifen, wo es sehr richtig heißt:

> Aber alles, was als Recht der Mitbestimmung auf dem Gebiete der Produktion in dem Betriebsrätegesetzentwurf enthalten ist, berührt niemals ernstlich den Kern einer Mitführung der Produktion, sondern trägt im wesentlichen den Charakter der

Belästigung der Betriebsleitung.

(Hört, hört! rechts.) Am Ende wäre auch das in den Kauf zu nehmen, wenn dabei etwas Ersprießliches für die Arbeiter und Angestellten herauskäme. Doch das wird nicht eintreten, weil das Resultat keine Stärkung produktiver Leistungen sein kann und deshalb auch im günstigsten Falle die Stellung der Arbeiter und Angestellten nicht verbessern kann.

Mir scheint es doch sehr beachtenswert, daß eine sozialistische Zeitschrift eine solche Ausführung vor wenigen Wochen gemacht hat.

Meine Herren, dieses Mißtrauen, das wir aus der Wirtschaft herausholen wollen, liegt, vielleicht auch unbewußt, im § 1 des neuen Betriebsrätegesetzes, wo Sie immer davon sprechen, die Rechte der Angestellten und Arbeiter dem Arbeitgeber „gegenüber" festlegen zu wollen. „Gegenüber!" Wir waren der Meinung, daß wir mit dem neuen Gesetz, wo die Rechte der Arbeiterschaft in die Wirtschaft eingeführt werden sollen, ein Zusammenarbeiten, aber nicht in Gegenüberarbeiten erreichen wollen. (Zurufe von den Soz.) Es hängt von uns nicht ab, das wissen Sie besser als ich.

Meine Damen und Herren! Das sind Gründe allgemeiner Natur! Aber als Wirtschafter erscheint mir

der wichtigste Grund

der, daß mit diesem Gesetz nicht das erreicht wird, was wir alle wollen, nämlich die Hebung der Produktivität unserer Wirtschaft. Sie mögen Wirtschaftsprogramme aufstellen, wie Sie wollen, sie sind alle zum Scheitern verurteilt, wenn sie gegen das Elementargesetz einer jeden Wirtschaft verstoßen, gegen die Verbesserung des Wirkungsgrades der Wirtschaft. Sie bringen durch dieses Gesetz Reibungsflächen in die Wirtschaft hinein, die alle, Arbeitnehmer und Angestellte, aber auch Arbeitgeber zwischen ihren Widerständen zermahlen, zermürben können. Unterschätzen Sie nicht den Zermürbungsprozeß, der schon heute in die Wirtschaft eingezogen ist! Unterschätzen Sie nicht die Bedeutung, wenn heute Tag für Tag, Woche für Woche — der Herr Arbeitsminister Schlicke hat das vorhin von seiner eigenen Person sehr treffend ausgeführt — sich Verhandlung an Verhandlung reiht, wenn fortwährend unsere besten Kräfte in Verhandlungen sitzen müssen, statt sich um die Produktion zu kümmern. Diese indirekten Einwirkungen des Betriebsrätegesetzes schlage ich in ihrer schädlichen Wirkung persönlich sehr hoch an, weil ich da aus eigenster Erfahrung spreche.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch einmal den „Vorwärts" zitieren. Er sagt in einem Leitartikel:

> Und wenn wir auch mit unseren Methoden immer noch weit bessere Ergebnisse erzielt haben als die Russen, so scheint dieser Unterschied doch nur da zu sein, um zu zeigen, daß keine Methode sozialistischer Regierungen aus den Trümmerfeldern Europas ein Paradies hervorzuzaubern imstande sein wird.

In ähnlichem Sinne äußert sich der vorhin schon zitierte Kaliski, wenn er sagt:

> In allen den Kompromißverhandlungen über das Betriebsrätegesetz ist das Ziel einer Steigerung der Produktion unserer Wirtschaft völlig in den Hintergrund getreten. Man macht die Frage der Produktion zu einer Angelegenheit der Klasseninteressen

> und übersieht auch bei dem Streit um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei Einstellungen, daß gerade bei der Uebernahme der vollen Verantwortung der Arbeiterklasse für die Leitung der Produktion auch die Ausschaltung jeder die Produktion gefährdeten Faktoren peinlich beachtet werden muß.

Also auch hier die Furcht, daß das Betriebsrätegesetz unproduktiv wirken könnte!

Derselbe „Vorwärts" hat ausgeführt, wir seien überorganisiert und diese Ueberorganisierung lähme unsere ganze Wirtschaft, eine Tatsache, die wir wohl alle unterstreichen können. Haben Sie sich einmal ein Bild davon gemacht, was mit dem neuen Betriebsrätegesetz für eine Organisation in unsere Wirtschaft einzieht? Es ist ja schwer, aus der vorhandenen Statistik die Zahlen richtig zu erfassen, weil diese weit zurückliegen. Ich gehe aber nicht fehl, wenn ich schätze, daß nach Annahme dieses Gesetzes

5- bis 600 000 Mitglieder der Betriebsräte

in die deutsche Wirtschaft einziehen werden. (Hört! hört! rechts.)

Für den Kohlenbergbau kann man die Zahl der Mitglieder errechnen. Es sind 10000 Mann. Wenn die Tatsache weiter um sich greift, die vorher der Herr Abg. Schiele betonte, daß diese Betriebsräte die produktive Arbeit ablehnen und in Zukunft sich nur ihren Betriebsrätenpflichten widmen wollen, dann bedeutet das, daß 10000 Bergarbeiter der produktiven Arbeit entzogen werden. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Soz.: Wenn!) — Ja, Herr Abg. Landsberg, im Westen ist fast allgemein die Tatsache zu verzeichnen, bis auf ganz wenige Schachtanlagen, daß die Betriebsräte nicht mehr einfahren. Das ist doch nicht zu bezweifeln. (Zuruf von den Soz.: Sie versehen aber auch die Aufgaben eines Sicherheitsmannes!) Ich komme gleich darauf. Ich wollte gerade den Punkt noch einmal hervorheben.

Wenn ich noch einen Augenblick dabei bleiben darf: 10 000 Arbeiter im Bergbau der produktiven Arbeit entzogen, d. h. einen Förderausfall von 1,5 bis 1,8 Millionen Tonnen jährlich! Das wäre etwa der Bedarf, den die Industrie in Württemberg, Baden und Hessen zurzeit hat. (Hört! hört! rechts.)

Man würde aber — jetzt komme ich auf Ihren Zwischenruf zurück — diese Tatsache selbstverständlich in den Kauf nehmen, wenn man die Ueberzeugung hätte, daß bei dem Betriebsrätegesetz das erreicht werden würde, was Sie erhoffen: eine Stärkung des Pflichtgefühls der Arbeiter und eine Rückkehr zur produktiven Arbeit. Aber, meine Damen und Herren, wird dieses

Pflichtgefühl der Arbeit

nicht gerade durch dieses Betriebsrätegesetz noch wesentlich geschmälert? Wird nicht das Schlagwort heute gerade aus sehr vielen Kreisen der jetzigen Arbeiter- und Betriebsräte verbreitet, was längst abgetan sein sollte: Arbeit ist Ware? Es war ein Schlagwort, davon werden Sie mit mir alle überzeugt sein. Denn Arbeit war in Deutschland in erster und letzter Linie ein Teil des Lebens und nicht der schlechteste. (Zuruf von den Soz.)

Nur dieses Pflichtgefühl der Arbeit kann den Betriebsräten auch die Befähigung geben, sich allmählich in die Wirtschaftsverhältnisse objektiv einzuarbeiten, wie ja die ganze Arbeitsfrage nicht zuletzt eine Kulturfrage ist. Sie aber wollen sie zu einer Machtfrage machen. Es ist natürlich bequemer, von anderen Rechte zu verlangen, als von sich selbst Pflichten, und da dieser Weg der leichtere ist, so werden die Massen Ihnen gern folgen. Zu einer Förderung der Wirtschaft aber gelangt man auf diesem Wege nicht.

Ich habe Ihnen vorhin gesagt, daß früher überall in Deutschland Arbeitsfreude herrschte; das steht fest, das werden Sie mit keinem Zwischenruf aus der Welt schaffen

können. Wenn aber heute dieses Pflichtgefühl soweit gesunken ist, daß in den Zeiten der höchsten Not wie bei der Hochwasserkatastrophe in Koblenz, als die Lebensmittel, die doch heute den wichtigsten Bestand bilden, in Gefahr standen, von den Hochfluten weggerissen zu werden, die Arbeiterschaft die Arbeit erst ausführen wollte, wenn ihr ein Stundenlohn von 25 Mark am Tage (hört! hört! rechts und bei den Demokraten), 35 Mark Stundenlohn für die Nacht und 50 Mark Stundenlohn für den Sonntag zugebilligt würde, so spricht das Bände. (Hört! hört! rechts und bei den Demokraten). Das ist hoffentlich ein ganz vereinzeltes Symptom, ich will es auch nur als solches hier anführen, ich sage mir nur: müssen wir da nicht alle bestrebt sein, diese Art der Arbeitsauffassung wieder herauszubringen? (Sehr richtig! rechts und bei den Demokraten.)

Und müssen wir nicht alle bestrebt sein, dahin zu wirken, daß der hohe ethische Wert der Arbeit, daß die Freude an der Arbeit in unserem deutschen Land wieder eintritt? Erst die Freude an der Arbeit gibt der Arbeit auch die sittliche Kraft, die sie berechtigt, einen Teil unseres Lebens auszumachen.

Meine Damen und Herren! Das Betriebsrätegesetz ist nach der Mitteilung des Herrn Abgeordneten Weinhausen (Dem.) — und es hat mich sehr gefreut, das heute hier zu hören — eine rückständige Einrichtung gegenüber dem wirklichen Gang der Wirtschaft. Er hat hier ausgeführt, daß

die Bildung der Arbeitsgemeinschaften

schon einen Schritt über dieses Betriebsrätegesetz hinaus ist. Wenn das der Fall ist, wenn er mit uns der Meinung ist, daß die Arbeitsgemeinschaft eine vollendetere Heranziehung der Arbeitnehmerschaft und der Angestelltenschaft im Wirtschaftsprozeß ist, dann, meine ich, dann sollten wir doch gerade hier mit aller Macht uns bemühen, dieses Gesetz zu einem Teil der Arbeitsgemeinschaften zu

machen (sehr richtig! rechts) und nicht mit diesem Gesetz den Arbeitsgemeinschaften vielleicht den Todesstoß zu versetzen. (Sehr gut! rechts.)

Der Herr Arbeitsminister Schlicke hat ausgeführt, die Durchbildung der Arbeitsgemeinschaften wäre noch nicht so weit gediehen. Da bedaure ich, dem sonst in Fragen der Arbeitsgemeinschaft sehr sachkundigen Herrn Minister widersprechen zu müssen. Natürlich hat es über ein Jahr gedauert, bis diese gewaltige Organisation sich entwickeln konnte. Aber heute sind über das ganze Reich der Wirtschaft, d. h. von Industrie und Gewerbe jedenfalls, 14 große Zentralarbeitsgemeinschaften verteilt, die das ganze Wirtschaftsgebiet umfassen.

Meine Damen und Herren, es freut mich, hier feststellen zu können, daß das Arbeiten in diesen Arbeitsgemeinschaften vorbildlich ist. Dort wird

produktive Arbeit geleistet

von beiden Seiten, und dies zeigt sich in dem guten Zustand derjenigen Industriezweige, wo wir die Arbeitsgemeinschaften eingeführt haben. Es ist kein Zufall, daß z. B. die Großeisenindustrie des Westens bisher überhaupt von jedem Streik verschont geblieben ist. (Hört! hört!)

Es wird vielleicht den Herrn Abg. Henke interessieren, wenn ich dabei eine kleine Tatsache einschiebe. Zu den Leitern der westlichen Betriebe kamen die Obmänner der Betriebsräte — bis auf ganz wenige Ausnahmen Anhänger der unabhängigen Partei und der kommunistischen Partei — und baten, ob es nicht möglich sei, an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen. (hört! hört!) Es ist ihnen erwidert worden: das können wir nicht machen, da die Gewerkschaften, mit denen wir die Vereinbarung getroffen haben, dafür zuständig sind. Es war aber nicht schwer, mit den Gewerkschaften eine Einigung über das Zusammenarbeiten zu erzielen, und seit Monaten sind die Vertreter Ihrer (zu den U. S.) Partei, die Vertreter

der kommunistischen Partei mit uns in den Arbeitsgemeinschaften. (Hört! hört!)

Ich freue mich, verzeichnen zu können, daß wir es in diesem Zusammenarbeiten fertiggebracht haben, die Obleute zu überzeugen, daß der Gang der Wirtschaft, wie er jetzt geht, richtig ist, und daß es keinen Sinn hat, die Wirtschaft zu revolutionieren. (Sehr richtig! rechts.)

Das sind nur einzelne Fälle, aber ich habe die Hoffnung, daß wir in diesem paritätischen Zusammenarbeiten allmählich die große Masse davon überzeugen können, daß die deutsche Wirtschaft nicht schlecht geführt war, daß sie vor allem die Interessen der Arbeiter und Angestellten stets in weitaus größerem Maße gewahrt hat, als das vielleicht in Zukunft nach dem Betriebsrätegesetz möglich ist. (Hört! hört! bei der D. V.)

Meine Damen und Herren!

Die Wirtschaft ist ein organisches Gebilde.

Sie haben sich für die Politik im Laufe der Jahre Organisationen geschaffen, die wir ja hier in den Parlamenten sehen. Die Entwicklung der Wirtschaft ist andere Wege gegangen. Sie hat sich auch Organisationen geschaffen. Sie wissen, wir haben Verkaufsverbände — sie pflegen sie Syndikate zu nennen —, wir haben soziale Verbände, die Arbeitgeberverbände, wir haben politische Wirtschaftsverbände, und diesem organisierten Wesen sind zum großen Teile mit die guten Leistungen unserer Wirtschaft zu verdanken.

Auch hier war es mir sehr interessant, in einem Leitartikel des „Vorwärts“ ein Loblied auf das deutsche Wirtschaftsleben zu lesen. Es wird zunächst ausgeführt, daß es ein Irrtum wäre, anzunehmen, daß die kapitalistische Wirtschaft vor dem Zusammenbruch stehe, und der Schreiber fährt dann fort:

In den Geschäftsräumen der Unternehmerverbände fand ein fruchtbar organisierter Erfahrungsaustausch statt. In den wissenschaftlichen Fachvereinen wußte man miteinander und voneinander zu lernen. Die kapitalistische Wissenschaft in den technischen Hochschulen und den Handelshochschulen schuf die geistigen Arbeiter. Die Bourgeoisie war durchaus noch nicht am Ende ihres Lateins angelangt, und darum sehen wir heute in diesem Lager eine Fülle von Intelligenz und schaffender Kraft, die fähig sind, unsere Wirtschaft zu führen und wirtschaftlich führende Arbeit zu leisten.

(Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich freue mich dieser Erkenntnis in einem Artikel des „Vorwärts" über das gute Arbeiten unserer organisierten Wirtschaft, und weil ich weiß, daß diese Wirtschaft gut organisiert ist, weil in allen Lagern Stimmen laut werden, die davon sprechen, diese Organisation weiter auszubauen, weil überall das Bestreben vorhanden ist, die Entpolitisierung — man würde richtiger sagen:

die Entparteipolitisierung der Wirtschaft

vorzunehmen, darum sollten Sie mit uns den Gedanken vertreten, dieses Betriebsrätegesetz einen Teil dieser Wirtschaftsorganisation werden zu lassen. In dieser Richtung sind in allen Lagern Stimmen laut geworden. Kaliski ist wiederholt zitiert worden. Ich nenne weiter Bernhard, Martin Spahn, Hugenberg, Wissell, Gothein; sie sind alle Vertreter der Richtung, daß man die Wirtschaft von der Parteipolitik befreien muß. (Zuruf von den Soz.) Wenn Sie darin mit mir einig sind, dann begreife ich nicht, wie Sie diesem Gesetz zustimmen können.

Meine Damen und Herren! Wenn diese organisierte Wirtschaft weiterläuft, dann wird es sich von selbst ergeben, daß ähnlich wie den politischen auch den wirtschaftlichen Organisationen ein Selbstbestimmungsrecht gegeben werden muß. Die Bildung von Selbstverwaltungskörpern in der Wirtschaft ist im großen und ganzen eingeleitet. Sehr wichtige Gruppen — ich nenne nur Chemie, Papier, Metall, die Kohle — haben ja bereits die Regelung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Selbstverwaltungskörpern vorgenommen. Wir bedauern nur, daß die Regierung diesen Selbstverwaltungskörpern das Recht der Selbstbestimmung immer noch vorenthält, daß sie die Gültigkeit der Beschlüsse, die doch meistens einstimmig gefaßt werden, nun doch noch von dem Veto des Reichswirtschaftsministeriums abhängig macht. Ich sollte meinen: wenn wir den Mut haben, uns zur Selbstverwaltung zu bekennen, dann müssen wir auch die Selbstverwaltung als solche in Kraft treten lassen.

Nun hat der Herr Arbeitsminister Schlicke vorhin davon gesprochen, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber noch nicht genügend durchgebildet seien. Dem muß ich widersprechen. Wir haben den Reichsverband der deutschen Industrie, wir haben den Reichsausschuß der Landwirtschaft, auch im Handel sind die Zentralverbände im großen ganzen durchgeführt. Die Arbeitnehmerseite hat sich beruflich seit langem in den Gewerkschaften organisiert. Liegt es nun nicht nahe, daß diese so organisierte Wirtschaft zusammentritt und

einen Aktionsausschuß der Berufsstände

schafft? Wenn Sie wollen, nennen wir ihn Reichswirtschaftsrat, kann sich aus diesem Aktionsausschuß der schaffenden Stände auf Grund des Art. 165 der Verfassung der Reichswirtschaftsrat entwickeln. Aber wenn ich mir die Vorlage der Regierung zum provisorischen Reichswirtschaftsrat ansehe, bekomme ich große Bedenken, ob das Ziel, das wir mit dem Reichswirtschaftsrat verfolgen, in erster Linie die Produktion zu steigern, erreicht werden kann. Meine Damen und Herren! Es ist doch ein Irrtum, wenn man annimmt, daß nun Konsumenten dauernd in die Verbände eingegliedert werden müßten, wo Produktionspolitik

getrieben wird. Glauben Sie mir, die beste Konsumentenpolitik, der beste Schutz der Konsumenten ist immer und wird es bleiben eine Steigerung der Produktion. Sie können aber vom einzelnen Konsumenten nicht erwarten, daß er zum Beispiel eine zeitweilige Belastung, die notwendig ist, um später die Produktion zu steigern, als solche hinnimmt und dies einsieht. Das muß man dem sachverständigen Rat der Wirtschaft überlassen, der paritätisch zusammengesetzt sein muß, wie das ganze organisierte System heute aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt ist. Man muß es diesem überlassen, festzustellen, daß eine vorübergehende Belastung nötig ist, um später dauernde Erleichterungen der Konsumenten zu schaffen.

Weiter: Sind denn schließlich nicht wir alle Konsumenten des andern? Sind nicht gerade die feineren, die weiterverarbeitenden Industrien, ob sie Metall- oder chemische Industrie heißen, alle Konsumenten der Kohlenindustrie, nicht alle Konsumenten der Textilindustrie? Ich meine schon in diesen Verwaltungskörpern ist ein solcher Ausgleich den Konsumenten und Produzenten geschaffen, daß man wohl annehmen kann, daß grobe, plumpe Verstöße gegen die Konsumentenpolitik, die jeder verurteilen wird, überhaupt nicht vorkommen können.

Meine Damen und Herren! Dieses

Schlußglied der Organisation der Wirtschaft

ist ohne Zweifel in den Arbeitsgemeinschaften gelegt worden. Während Sie hier sitzen und über das Betriebsrätegesetz beraten, ist der Gang der Wirtschaft — ich zitiere noch einmal den Herrn Kollegen Weinhausen — schon darüber hinweggeschritten.

Nun sagte der Herr Kollege Weinhausen: Wenn wir dieses Gesetz an den Reichswirtschaftsrat zurückweisen, bedeutet das eine Kapitulation dieses Parlaments gegenüber dem Reichswirtschaftsrat. Ich bestreite das entschieden. Zunächst gibt es in Wirtschaftsfragen keine Kapitulation, in Wirtschaftsfragen entscheidet die Sachlichkeit und dann, meine Damen und Herren, wenn wir der

Meinung sind, daß wir, wie Herr Weinhausen ausführte, schon etwas Besseres haben, sollten wir da nicht versuchen, das Betriebsrätegesetz als solches, einen Teil dieses Besseren werden zu lassen? Auch in ihrem Lager (zu den Soz.) waren die Meinungen hierüber früher ganz andere. Z. B. hat der Reichskanzler Bauer in der großen Rede, die er auf Ihrem Parteitag gehalten hat, klar zum Ausdruck gebracht: Die Betriebsräte müssen Einrichtungen der Gewerkschaften werden; denn es geht nicht an, daß jeder Betriebsrat in seinem Betriebe nach seinem Gutdünken schaltet und waltet. Das unterschreibe ich ganz. Sie werden vielleicht sagen: wie komme ich dazu, die Gewerkschaften zu verteidigen. Ja, meine Damen und Herren, mit diesen Gewerkschaften haben wir vor mehr als Jahresfrist im freien Arbeitsvertrag die Arbeitsgemeinschaft gegründet, auf diese Arbeitsgemeinschaft haben wir unsere ganzen Organisationen aufgebaut, und wenn Sie uns jetzt

das Betriebsrätegesetz als Fremdkörper

in diese Organisation hineinschreiben, fürchten wir, wird das gute Arbeiten, das bisher war, zuschanden gemacht. Wir fürchten, daß mit diesem Betriebsrätegesetz ein Störenfried in unsere wirtschaftliche Organisation kommt (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei) und das möchten wir vermeiden, und insofern hat der Herr Kollege Weinhausen ganz recht. Von meiner Fraktion wird dementsprechend Antrag gestellt werden, dieses Gesetz zur Vereinbarung zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen dem Reichswirtschaftsrat zu überweisen.

In dem Aufruf, den die Regierung vor wenigen Tagen erlassen hat, als sie sich gegen die streikenden Arbeiter wandte, heißt es: „Es geht nicht an, daß gewissenlose Elemente außerhalb der Organisationen die Wirtschaftsbetriebe vernichten". Das ist ganz unsere Meinung, es geht nicht an, daß gewissenlose Elemente außerhalb der Organisation durch

das Gesetz in die Lage versetzt werden könnten, durch den Betriebsrat die Wirtschaft zu zerstören (sehr richtig! rechts), und weil wir diesen Satz, der vor drei Tagen hier von der Regierung in aller Öffentlichkeit geprägt worden ist, als richtig anerkennen, weil wir nur organisierte Elemente im Betriebsrate vertreten sehen wollen, darum bitten wir Sie, unserem Antrage stattzugeben, das Betriebsrätegesetz dem Reichswirtschaftsrat zu überweisen, damit es wird, was es werden muß, wenn es der Wirtschaft förderlich sein soll:

ein Teil der organisierten deutschen Wirtschaft.

(Lebhaftes Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Als vorhin von der Agitation der Arbeitgeber gegen dieses Betriebsrätegesetz die Rede war, sind hier heftige Worte gefallen. Sie werden mir wohl zugeben, daß die Männer, die seinerzeit die Wirtschaft geschaffen haben, und die als Schöpfer der Betriebe zu gleicher Zeit die Freunde und auch die Lehrer ihrer Arbeiter waren, — denn sie haben doch die Arbeiter aus dem Handwerks- und Agrarstande herausgeholt und haben sie vor Jahrzehnten zur gewerblichen Arbeit erzogen — auch für den Aufbau der Wirtschaft niemals entbehrt werden können. Es ist hier, glaube ich, vom Herrn Kollegen Weinhausen ausgeführt worden, daß in diesen führenden Wirtschaftsmännern sehr viel soziales Verständnis zu finden ist. Da nehmen Sie doch bitte nicht an, daß diese Anträge, die Sie bitten, das Betriebsrätegesetz nicht in der jetzigen Fassung anzunehmen, aus irgendeiner Agitation, die ungesund wäre, geboren sind. Glauben Sie mir, es ist die ernste Sorge eben dieser Unternehmerschaft, daß das Betriebsrätegesetz nicht den Erfolg hat, den Sie von ihm erwarten. Sie wollen nichts weiter, als daß das Betriebsrätegesetz ein Teil unserer Wirtschaft und kein Teil der Politik werden soll. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.) Wenn Sie mit uns dahin einverstanden sind, dann weiß ich nicht, warum Sie nicht das Betriebsrätegesetz dem Reichswirtschaftsrat zur Vorberatung übergeben wollen.

Meine Damen und Herren! Organisation der Wirtschaft, das heißt Zusammenarbeiten der Organisationen, damit aber nicht Ausschalten des Organisators — der Organisator wird seine schöpferische Kraft innerhalb der Organisationen behalten — es heißt Eingliedern der deutschen Wirtschaft in ein Ordnungssystem. Ich schließe mit dem Worte eines der jüngsten deutschen Philosophen, mit dem Worte Spenglers:

„Deutschtum ist Ordnung!"

Lassen Sie uns Ordnung schaffen in unserer Wirtschaft, dann brauchen wir vielleicht nicht zu verzweifeln.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Deutsche Volkspartei und das Betriebsrätegesetz.

Die Deutsche Volkspartei lehnt nicht den Gedanken des Betriebsrates an sich ab, sondern die klassenkämpferische Form, die der Gedanke in dem Entwurf der Regierung gefunden hat. Die Deutsche Volkspartei will aus dem Betriebsrat

ein Organ der Arbeitsgemeinschaft

schaffen und zu diesem Zweck die Ausgestaltung der Form den Wirtschaftskörpern selbst überlassen und der Politik entziehen. Deshalb hatte sie zu dem § 1 folgenden grundsätzlichen entscheidenden Abänderungsantrag eingebracht:

> Der Gesetzentwurf wird dem nach § 165 der Verfassung zu bildenden Reichswirtschaftsrat zur Vorberatung mit dem Ersuchen überwiesen, Richtlinien für eine Eingliederung der Betriebsräte in die Wirtschaftsorganisation durch Vereinbarung zwischen den Unternehmer- und Arbeiter- und Angestelltenorganisationen festzustellen. In diesen Richtlinien muß der Grundsatz der Parität zwischen der Angestellten- und Arbeiterschaft einerseits und zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitnehmern andererseits gewahrt werden.

In diesem Antrag kommt ferner die Forderung zum Ausdruck, daß zwischen den Arbeitern und den Ange

stellten eines Betriebes ein Ausgleich geschaffen werden muß, der eine einseitige Interessenvertretung der Arbeiter im Betriebsrat unmöglich macht. Über diesen ganzen Gedankenkreis, den der Abänderungsantrag der Fraktion der Deutschen Volkspartei umfaßt, hat sich

der Abgeordnete Vögler

wie folgt geäußert:

„Was wollen wir mit unserem Abänderungsantrag zu § 1 sagen? Wir verlangen das Gleichgewicht zwischen den Faktoren des Wirtschaftsprozesses. Wir verlangen die Parität in der Zusammensetzung des Betriebsrates bezüglich der Angestellten und der Arbeiter. Wir verlangen aber ebenso bestimmt die Parität zwischen der gesamten Arbeitnehmerschaft und den Arbeitgebern.

Es ist dieses eben einer der grundlegenden Unterschiede zwischen dem System der Parteipolitik und dem der Wirtschaft. Die Politiker können nur zu Beschlüssen kommen, wenn sie Ungleichheit erreichen. Die Wirtschaft aber kann nur gedeihen, wenn alle Kräfte im heilsamen Gleichgewicht stehen. Schlagen Sie dieses Lebensgesetz der Wirtschaft nicht leicht an. Von seiner Beachtung hängt gerade für die kommende Zeit der Aufstieg und das Gedeihen unserer Wirtschaft ab. Was insbesondere die Angestellten betrifft, so kann man unter keinen Umständen zugeben, daß sie sich den Arbeitern im Betriebsrat unterordnen sollen. Den politischen Stimmzettel mechanisch in die Wirtschaft einzuführen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Und noch ein Grund zwingt uns, Sie zu bitten, das Gesetz der Sachverständigenberatung vor der Annahme zu unterbreiten. Sie wollen für das ganze gewaltige Gebiet von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft mit einem Gesetz Richtlinien für alle Zeiten festlegen. Haben Sie nicht bedacht, wie grundverschieden für jedes dieser Gebiete und auf diesen Gebieten selbst wieder

für jede Fachgruppe die Wirtschaftsbedingungen liegen? Kommt das Gesetz in den Reichswirtschaftsrat, der es selbstverständlich den Fachgruppen der Arbeitsgemeinschaft zunächst zur Erledigung überweisen wird, dann werden schon in diesen Beratungen der einzelnen Fachgruppen die für ihre Verhältnisse besonders wichtigen Grundlinien festgelegt. Im gegenseitigen Austausch der Fachgruppen wird dann die Grundlage geschaffen, die den Rahmen für das Gesetz abgeben kann, während die einzelnen Bestimmungen stets Sache der Fachabteilungen sein müssen."

Über die Stellung der Fraktion der Deutschen Volkspartei im ganzen und im einzelnen zum Betriebsrätegesetz wird eine besondere Broschüre berichten.

Gedruckt bei Imberg & Lefion S. m. b. H. in Berlin SW. 48

END OF
TITLE